

Gemeinsam den Wandel in Marzahn-Hellersdorf gestalten Für einen familienfreundlichen und innovativen Bezirk

Vereinbarung über eine Zusammenarbeit für die VII. Wahlperiode der Bezirksverordnetenversammlung von Marzahn – Hellersdorf zwischen den Parteien und Fraktionen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

Die Parteien und Fraktionen von SPD und CDU, im weiteren Partner genannt, vereinbaren eine Zusammenarbeit zur Wahl des Bezirksbürgermeisters in Marzahn – Hellersdorf, von Bezirksamtsmitgliedern sowie BVV – Positionen und arbeiten auf der Basis dieser Vereinbarung im Bezirksamt und in der Bezirksverordnetenversammlung in der VII. Legislaturperiode zusammen.

I. Präambel:

Die erfolgreiche Weiterentwicklung des Bezirks als Wohn-, Wirtschafts- und Bildungsstandort ist das vordringliche Ziel der Parteien. Die Bewohnerinnen und Bewohner sollen in Marzahn - Hellersdorf sicher und frei leben sowie arbeiten können.

Von der Kita- über Bildungs- und nachbarschaftliche Kiez- und Freizeitangebote, der Verkehrsinfrastruktur bis hin zu Arbeitsplätzen im Bezirk wollen wir diese Angebote entwickeln und vorhalten. Dazu gehören auch Maßnahmen und Projekte, die das Image des Bezirks weiter verbessern.

In jedem Ortsteil des Bezirks sollen sich Menschen sicher und wohlfühlen, ganz gleich, welchen kulturellen Hintergrund diese haben. Hierzu werden sich beide Partner auch für eine Ausfinanzierung des Bezirks auf Landesebene einsetzen und streben weiterhin eine strikte Konsolidierungspolitik an, mit dem Ziel, keine neuen Defizite entstehen zu lassen und Altschulden im Rahmen einer leistbaren Schuldentilgung weiter zu reduzieren.

Die Bezirksverwaltung soll als moderne Verwaltung für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen weiterentwickelt werden. Hierzu werden alle Innovationsmöglichkeiten ausgeschöpft.

Mit den Fraktionen in der Bezirksverordnetenversammlung und dem Bezirksamt wollen die Partner einen fairen, offenen und dialogbereiten Umgang pflegen.

Für die Wahl des Bezirksbürgermeisters und der weiteren Bezirksamtsmitglieder der Partner wird eine gesonderte Vereinbarung mit der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen geschlossen.

Zur Umsetzung dieser Ziele vereinbaren die Fraktionen nachfolgende Projekte für die kommende Legislaturperiode sowie die Struktur der gemeinsamen Zusammenarbeit.

II. gemeinsame Projekte:

- Die Parteien bekennen sich zur Fortführung der Aktivitäten gegen Extremismus. Die wesentlichen Projekte gegen Extremismus sollen fortgeführt werden.
- Im Bezirk werden attraktive und angemessene Schulkapazitäten, insbesondere bei steigenden Schülerzahlen geschaffen. Dies beinhaltet ein zusätzliches Oberschulangebot in den Siedlungsgebieten von Mahlsdorf/Kaulsdorf bei gleichzeitigem Ausbau des Otto – Nagel – Gymnasiums und Bau einer Grundschule am Habichtshorst. Beide Parteien verpflichten sich im Laufe der Wahlperiode in Kaulsdorf oder Mahlsdorf einen Oberschulstandort zu schaffen. Bis zur Realisierung dieser Oberschule soll der frühere Schulstandort Elsenstraße planungsrechtlich für einen Schulbau, möglicherweise durch freie Träger, gesichert werden.
- Die Tangentiale Verbindung Ost (TVO) ist in der Westvariante, beziehungsweise der „Kompromissvariante“ des Bezirksamtes aus dem Jahr 2011 zu realisieren. Beide Parteien setzen sich dafür auf Bezirks- und Landesebene ein. Beide Parteien führen hierzu auch eine notwendige Abstimmung mit den jeweiligen Bezirksamtsmitgliedern und Fraktionen im Bezirk Lichtenberg durch. Die Arbeitsgruppen der Wirtschaftskreise und die Arbeitsgruppe „TVO“ des Verbands Deutscher Grundstücksnutzer (VDGN) werden dabei aktiv eingebunden.
- Beide Parteien werden sich auf Bezirks- und Landesebene für die Finanzierung und Realisierung des Cleantech Business Park Berlin Marzahn als Berlins größtes Industriegebiet einsetzen. Neben der federführenden Vermarktung durch die Wirtschaftsförderung des Landes Berlin, der Berlin Partner GmbH und der Wirtschaftsverwaltung auf Landesebene, wird es auch in Zukunft eine aktive Vermarktung, auch durch die Unterstützung von Projektmitteln, durch die bezirkliche Wirtschaftsförderung geben.
- Beide Parteien werden sich auf Landesebene für die Abschaffung des Straßenausbaubeitragsgesetzes einsetzen. Die SPD stellt dazu einen Antrag auf dem Landesparteitag. Solange das Gesetz gilt, werden sich beide Partner zu Vorhaben, die unter dieses Gesetz fallen, gemeinsam verständigen. Bei Baumaßnahmen des Bezirks soll das Gesetz in Anliegerstraßen nur nach Zustimmung durch die Anliegerinnen und Anlieger angewendet werden. Gemeinsam mit Verbänden sollen Standards und Beteiligungen für einen sachgerechten und kostengünstigen Ausbau entwickelt werden.
- Die Verwirklichung des Wiederaufbaus des Schlosses Biesdorf und der Einrichtung der Galerie als überregionales Kultur- und Besucherzentrum wird gemeinsam vorangetrieben.
- Für eine breite Vielfalt bei Einzelhandelsansiedlungen einerseits und dem Erhalt von städtischen Zentren andererseits findet eine Abstimmung zwischen beiden Parteien statt. Es wird die Ansiedlung des Unternehmens Porta im Bezirk angestrebt. Die Entwicklung des Standortes Märkische Allee/Trusetaler Straße und eine kontrollierte und „behutsame“ Entwicklung insbesondere des Ortsteilzentrums Mahlsdorf mit Stärkung des Ortskerns am S-Bahnhof wird angestrebt.

- Vom Bezirk geförderte Projekte und Maßnahmen sollen grundsätzlich auf ihr Verhältnis zwischen Mitteleinsatz und Ergebnis hin überprüft werden. Die Förderung soll auf Projekte und Maßnahmen konzentriert werden, die ein besonders gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweisen.
- Die Weiterentwicklung und der Ausbau der Gärten der Welt werden unterstützt.
- Das ehemalige Gelände des Wernerbades soll zu einem Wohnstandort mit öffentlicher Grünnutzung entwickelt werden. Zugleich werden sich beide Parteien bei den Berliner Bäderbetrieben für eine Freibademöglichkeit im Bezirk einsetzen.
- Das Projekt Wasserskianlage mit Freibad am Elsensee lehnen die Partner ab.
- Das Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) gilt es zu erweitern, insbesondere wird die Schaffung eines Haltepunkts für die Regionalbahn am S-Bahnhof Mahlsdorf angestrebt. Die Angebotserweiterung des Öffentlichen Personennahverkehrs muss allerdings an Wirtschaftskriterien gemessen werden.
- Ein 10 Minuten Takt auf der Tram Linie 62 ist durch die in den 90-er Jahren geprüfte Ausweichmöglichkeit am Hultschiner Damm erreichbar und sollte realisiert werden. Ein Ausbau der gesamten Strecke inklusive einer möglichen Verlängerung vom S-Bahnhof Mahlsdorf durch die Ridbacher Straße ist für die Parteien nicht vorstellbar.

Die Bahnhöfe Mahlsdorf und Kaulsdorf müssen behindertengerecht ausgebaut werden.

- Es ist Ziel beider Partner, ein Bürgerhaus in Mahlsdorf zu etablieren, in dem die unterschiedlichen sozialen und kulturellen Projekte von Mahlsdorf (südlich der B 1) wenn möglich gebündelt und zusätzliche Raumangebote für regionale Initiativen zur Verfügung stehen.
- Die Partner werden das bezirkliche Integrationsprogramm gemeinsam mit Vertretern von Migrantinnen und Migranten auswerten und gegebenenfalls überarbeiten. Dabei soll auch auf spezifische Bedürfnisse einzelner Migrantengruppen eingegangen werden, zum Beispiel auf die besondere Rolle der Spätaussiedler, insbesondere in den Ortsteilen Marzahn und Hellersdorf.
- Das Projekt *Berlin eastside* und das Tourismusmarketing des Bezirks sollen ebenso wie weitere Marketingprojekte mit der Wohnungs- und Gesundheitswirtschaft im Bezirk fortgeführt werden.
- Die Partner werden die Realisierung eines Handwerkerhauses und die Einrichtung einer „gläsernen Fabrik“ im Bezirk prüfen und sich für deren Einrichtung und Finanzierung im Bezirk wie auf Landesebene einsetzen.
- Die Städtepartnerschaften des Bezirks sollen auf Sinn und Zweck überprüft werden. Bei Fortführung sollen Beziehungen zwischen Verwaltung und Unternehmen auch zu Wirtschaftspartnerschaften ausgebaut werden.
- Der Einsatz eines Bibliotheksbusses im Bezirk soll geprüft werden.

- Die Partner setzen sich auf Bezirks- und Landesebene für eine Aufwertung der Promenade in der Havemannstraße ein, zum Beispiel durch bauliche Investitionen und die Ansiedlung höherwertiger Angebote.

III. Struktur der Zusammenarbeit

- Die beiden Fraktionen wollen partnerschaftlich und fair miteinander zusammenarbeiten. Zur Regelung der Zusammenarbeit vereinbaren die Partner folgendes Prozedere:
In allen Fällen eines Dissenses bezüglich der von einem der beiden Partner eingebrachten Bezirksamtsvorlagen oder BVV-Anträgen ist die Angelegenheit von der Tagesordnung zu nehmen. Dies sollte mit dem Ziel, einer schnellen Einigung der Bezirksamtsmitglieder der Partner erfolgen.
Wenn das nicht möglich ist, wird der strittige Gegenstand an ein gemeinsames Gremium der Partner, den „gemeinsamen Ausschuss“, überwiesen. Dieser hat binnen einer Woche diesbezüglich zu beraten. Der gemeinsame Ausschuss wird zu gleichen Teilen aus jeweils 3 Mitgliedern besetzt und versucht, zum Beratungsgegenstand eine an der Sache orientierte Lösung zu finden. Nur im Fall des endgültigen Scheiterns einer Lösungsfindung nach erfolgten Verhandlungen in der Sache, findet der weitere Geschäftsgang gemäß der Geschäftsordnung des Bezirksamtes oder in der BVV seinen Fortgang.
Im Falle des Scheiterns einer Einigung sind die Partner in ihrem Handeln frei.

Dies gilt nicht für die Abwahl eines Bezirksamtsmitglieds. Nur wenn beide Fraktionen und der gemeinsame Ausschuss einer Abwahl zustimmen, kann ein Antrag auf Abwahl eines Bezirksamtsmitglieds durch eine Fraktion der Partner eingebracht oder (bei Einbringung durch eine andere Fraktion) zugestimmt werden.

Berlin Marzahn- Hellersdorf, den 25. Oktober 2011

Für die SPD:

Stefan Komoß, Stephan Richter, Gordon Lemm

Für die CDU:

Mario Czaja, Christian Gräff, Carsten Wilke